

Protokoll der StuRa-Sitzung vom 15.12.2005

Teilnehmer: 25 von 32, Sitzungsleiter: Ulrich Rückmann, Protokollant: Joachim Püschel

Sitzungsbeginn: 19:45 Uhr, Sitzungsende: 23:50 Uhr

Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia
2. Bericht der Gf und Debattedes Berichts
3. Finanzanträge
4. Anträge
5. Änderung der Beitragsordnung (3. Lesung)
6. Aufwandsentschädigung
7. Bericht aus dem Verwaltungsrat des Studentenwerkes
8. Novelle des SächsHG
9. Zweitwohnsitzsteuer
10. Sonstiges

1. Begrüßung und Formalia

Beschlussfähigkeit mit 23 von 32 Mitgliedern gegeben.

Bestätigung des Protokolls vom 3.11.

Erik Ritter fragt bei Peter nach, was in Punkt 2, im ersten Redebeitrag organisiert wurde. Ein kurzer Einwurf ergibt, dass es sich um die Podiumsdiskussion zum Thema Stiftungsuni handelte. Erik meint auch, dass die Fakten des Berichts fehlen und bittet um Ergänzung dieser. Im 6. Tagesordnungspunkt soll Eriks Redebeitrag folgendermaßen geändert werden: „Erik bittet um einen kleinen Workshop des Rf Ö zum contentmanagement system.“

Andreas Kranz schließt sich dem an, die Gf müsse sowieso nachliefern.

Erik zieht deswegen den zweiten Antrag zurück.

Es gibt keine Gegenrede zum so geänderten Protokoll, damit ist es beschlossen.

Änderung der Tagesordnung

Andreas beantragt einen Tagesordnungspunkt „4a. Änderung der Beitragsordnung“ und möchte seine AE

vorziehen, falls es Fragen gäbe, da er aus Krankheit eher gehen müsse.

Erik will nur Andreas' vorziehen, da es eine erhöhte AE sei.

Steffen Lehmann meint, es gäbe nur drei AE, daher könne man den gesamten Punkt vorziehen, also Punkt 8 auf „4b. AE“ legen.

Es kann ohne Gegenrede im Block abgestimmt werden, was keine Gegenrede hervorruft.

2. Bericht der Gf und Debatte des Berichts

Peter Grünberg konstatiert, dass bei Verlesung des letzten Gf-Protokolls die Nennung der Härtefälle vergessen wurde, erklärt die Vorgehensweise und den Zweck den neuen Mitgliedern und verliert hernach selbige:

0186/01/2006 ⇒ abgelehnt,

0183/01/2006 ⇒ angenommen,

0182/01/2006 ⇒ abgelehnt,

0185/01/2006 ⇒ verschoben sowie

0180/01/2006 ⇒ verschoben.

Finanzanträge der Gf-Sitzung

Matthias Lutterbeck beantragt 10 Euro für eine Weihnachtsfeier des SchLaU e. V. ⇒ genehmigt

Silvio Berger beantragt 250 Euro für eine Fachschafftskonferenz der Psychologie, welche vom 13.-15. Januar in Dresden abgehalten wird. ⇒ genehmigt

Lars Voigt (Obmann Volleyball) beantragt 115 Euro Zuschuss für Preise für den Fakultätscup Volleyball ⇒ genehmigt

Peter Grünberg beantragt 51,40 Euro für die Fahrt dreier Personen zur KSS am 17.12. nach Chemnitz ⇒ genehmigt

Dirk Dittman (Obmann Tischtennis) beantragt sowohl 200 Euro für Preise einer Weihnachtsfeier sowie 120 Euro für Preise eines Anfängerturniers ⇒ beides genehmigt

Steffen fragt bei Silvio nach wofür das Geld sei.

Silvio erläutert, dass die Veranstaltung drei Tage dauern und in Dresden abgehalten werden wird. Die Un-

terbringung der Gäste erfolge privat, deswegen müsse insbesondere für die Fahrtkosten innerhalb der Stadt aufgefunden werden.

Peter (GF Hochschulpolitik) fährt mit seinem Bericht fort: Er habe sich um Tagesgeschäft, einen mittwöchlichen Besuch bei der PDS-Landtagsfraktion zum Thema Stiftungsuni (die PDS wird dagegen stimmen) und um die Novelle des SächsHG mithilfe seines Referats gekümmert. Zudem haben Andreas, Christian, Frau Klaus und er die neue Finanzordnung der KSS diskutiert. Außerdem hat er sich weiter wegen der Abschaffung der AG Strahlenphysik gekümmert.

Martin Jahnke (GF Öffentliches) betreute den Knackpunkt, welcher auch in den Fächern der Fachschaften zu finden sei, schrieb einen Artikel für denselben, hat den Text der BüSo-Broschüre herumgeschickt, erinnert an die E-Mail „Was kann der StuRa für die FSR tun?“ und bietet seine Mitarbeit an. Er bittet die FSR um Rückmeldung, wie viele Knackpunkte an Studenten gehen. Es fanden zwei Interviews mit verschiedenen Zeitschriften zum Thema „Klaut die Listen!“ statt, außerdem schrieb er einen Artikel für ein Käseblatt, der aber nicht abgedruckt wurde, weil er zu spät weitergetragen worden war.

Ulrich Rückmann (GF Lehre und Studium) gab zwei Interviews, schrieb einen Knackpunkt-Artikel und einen Brief bezüglich des *dies academicus* an Teilnehmer der Senatsitzung - der *dies academicus* wurde von Oktober auf den 17. Mai verlegt. Er verrichtete sein Tagesgeschäft, führte Beratungen durch, besuchte die BüSo und organisierte Material von diesen. Er war am Dienstag Vormittag bei der Stadt Dresden und sprach dort über die „Stadt der Wissenschaften“. Des Weiteren organisierte er einen Raum für ZLSB, welcher vermutlich erst nach dem Auszug der Biologen im Seminargebäude frei würde. Er erinnerte an die ausstehenden Antworten zur Raumbegehung.

Andreas (RF Struktur) vermeldet, dass die Fachschaft Medizin zum zweiten Mal niemanden entsandt hat und der B-Sitz somit an die Fachschaft Verkehr übergeht.

Philipp Bönisch fragt nach, ob in der Gf-Sitzung ob des wenig gehaltvollen Gf-Protokolls nur über AE und FA gesprochen wurde.

Peter erwidert, dass nur jenes besprochen worden sei.

Steffen regt an, dass für größere Geldmengen eine Finanzaufstellung auch im Gf-Protokoll angegeben werden solle.

3. Finanzanträge

Martin beantragt 200 Euro für Broschüren gegen die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“.

Er erläutert, dass der Antrag auf der letzten Sitzung

besprochen wurde und er nun der Forderung, den Text an alle Mitglieder zu versenden, nachgekommen ist.

Erik fordert jeden auf, diesen Text jetzt lesen.

Andreas konstatiert, dass Frau Lippmann (Sektenbeauftragte des StuRa) den Text gelesen hätte und dessen Stil nicht ansprechend und langatmig findet. Er würde nicht gelesen werden.

Stephan Mühl findet, dass in diesem Text der Antisemitismus allzu sehr hervorgehoben wird. Der Text sei zudem nicht objektiv, da er eigene Meinungen enthalte – der Transrapid als unpopuläre Technologie –, außerdem sollte eine Zusammenfassung angefügt werden.

Martin resümiert, dass es erwartungsgemäß viele Meinungen gäbe, dennoch handele es sich um eine Bundesbroschüre, die bereits im Druck sei und deren Inhalt und Aufmachung man nun hinnehmen müsse, da absolut kein Einfluss mehr möglich sei.

Steffen bekräftigt, nicht mit dem Erwerb einverstanden zu sein, da der Text nicht neutral geschrieben und zu umfangreich sei. Er wäre nicht zur Aufklärung geeignet, deswegen sollte eine eigene Broschüre erarbeitet werden, obwohl dieses Vorhaben kostenintensiver sei. Zudem stelle der vorliegende Text eine Beleidigung technischer Fächer dar.

Ulrich empfindet den Text als gut zu lesen, der Student solle sein kritisches Bewusstsein nutzen und keine Konsumentenhaltung einnehmen. Wer kein Interesse an der Sache zeigt, der würde das Flugblatt ohnehin nicht lesen. Er sieht die Gefahr, dass bei einer Selbstkonzeption eine Diskussion über jeden Satz entbrennt. Deswegen sei er für den Antrag Martins.

Erik schließt sich Steffen an, Formulierungen wie „werden hintertrieben“ oder „Trotzkis“ empfindet er als zu schwer zu lesen, deswegen sei der Text einfacher zu schreiben. Aussagen über die Kernkraft müssten hinaus, da sie subjektive Äußerungen seien. Die Länge sei gerechtfertigt.

Martin wiederholt, dass eine Änderung nicht möglich sei. Diese Broschüre sollte kontra sein und ihre Länge ist positiv zu sehen.

Daniel Bambauer findet den Text in Ordnung. Er wirft ein, dass die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ eine anerkannte und zugelassene Partei ist und der StuRa auch keine Anti-NPD-Werbung macht. Die Broschüre könnte für die Partei mehr Aufmerksamkeit erregen als normal die bloße Präsenz ihrer Werber, ein Kontra sei z. B. im Internet weit verbreitet.

Ulrich entgegnet, dass die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ ebenso eine Sekte sei.

Annerose Gulbins stellt klar, dass sie die Länge angemessen ist, weil der Text zwischen einer Kurzbroschüre und einer ausführlichen Auseinandersetzung anzusiedeln ist. Es nutze nichts über die Formulierung zu debattieren oder den Text weiter kürzen zu wollen. Sie halte die Broschüre allerdings für ein Grenzengagement in gefährlicher Nähe zum allgemeinen politischen Mandat.

Andreas gefällt der Ton nicht. Der Sicherheitsdienst frage nach einer Standgenehmigung oder würde die Wer-

ber hinaus. Hätte der StuRa für die Gegenflugblätter eine Standgenehmigung oder bekäme er eine Generalvollmacht? Wie sollen die Flugblätter überhaupt unter die Leute gebracht werden?

Steffen stimmt Annerose zu. Die Information sollte dennoch aufgearbeitet werden und die Parameter seien bei einer neuerlichen Aufarbeitung selbst festlegbar. Ein Querverweis zum Flugblatt könnte auf die Hauptseite der Internetpräsenz des StuRa gesetzt werden. Zum Status Sekte habe er nichts gefunden, die Partei säße im Land- und Bundestag.

Peter fragt konkret: „Wer will eine eigene Broschüre machen?“

Michael Raitza hält die Textlänge für angemessen, findet aber den Ton und den Inhalt unpassend, da oft keine Begründungen geliefert würden. Es handele sich vielmehr um Behauptungen mit Beleidigungscharakter, deswegen sollte die Broschüre selbst erarbeitet werden. Etwas anderes käme nicht in Betracht.

Uwe Büttner fragt, an wen sich die Broschüre richte.

Martin erinnert, dass niemand eine Genehmigung für das Herumlaufen auf dem Campus benötige, der StuRa aber zu 100% eine solche Standgenehmigung bekäme. Die Werber stünden überall, auch auf öffentlichen Fußwegen. Er hält Wegjagen nicht für die richtige Strategie, sondern setzt auf Aufklärung. Adressaten seien nicht alle Studenten, sondern eher Leute, die mit denen in Kontakt kommen. Die Studenten würden mit geschickter Strategie angesprochen. Die Auslage könne im StuRa und den FSR erfolgen, die Lagerung wäre zentral im StuRa möglich und die Ausbringung fände vor Ort statt.

Ulrich ist für direktes Ansprechen, da er eine Vertreibung für unmöglich und nicht richtig hält. Zudem sei eine Verlagerung der Aktivität zu befürchten. Das Ansinnen sei politische Bildung.

Steffen zählt auf, wer für die eigene Konzeption der Broschüre verantwortlich sein könnte: inhaltlich Frau Lippmann, die Gestaltung sei Sache des Rf Ö.

Er will zwei Meinungsbilder zu den Fragen „Will der StuRa sich mit diesem Problem beschäftigen?“ und „Soll diese Beschäftigung mittels einer eigenen oder dieser Broschüre erfolgen?“

David Schmidt ist dafür, dass der Text nicht zimperlich mit der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ umgeht. Es sei schließlich eine Gegenposition. Diese solle auf Nachfrage verteilt werden. Dem entgegen solle der StuRa sich keine eigene Arbeit gegen die Partei aufhalten, da es dieser zu großen Respekt einbrächte.

Ulrich stellt klar, dass Layout nicht alleinig ansprechend sei. Der Artikel von Frau Lippmann sei inhaltsgleich, außerdem halte er die Broschüre für sprachlich besser.

René Schulz stellt den **GO-Antrag auf Schluss der Rednerliste. Diesem wird ohne Gegenrede stattgegeben.**

Daniel B. fragt nach, wen man daneben stellen solle. Die Werber seien rhetorisch sehr gewandt, sodass der StuRa vor Interessenten nicht das Gesicht verlieren dür-

fe. Womöglich sollte man diese Leute schulen.

Martin will, dass sich die Verteiler auf keine Diskussion einlassen, sondern einfach nur die Gegenmeinung verbreiten sollen, damit Interessenten sich selbst eine Meinung bilden können.

Annerose überlegt ein Seminar anzubieten. Außerdem stimmt sie David zu.

Michael erinnert an den akademischen Anspruch und folgert daraus, dass der Erwerb dieser Broschüre dem nicht gerecht würde. Er ist dagegen.

Erik hält dagegen, dass die Einstellung „Lasst uns uns nur wenig Arbeit machen!“ eine schlechte sei. 90% der Bürger kennten nur die Partei. Er plädiert für eine Informationsveranstaltung und bekräftigt, dass etwas getan werden muss. Der StuRa hätte diese Pflicht und das nötige Geld sei da.

Andreas hält es für unververtretbar sich auf die gleiche Stufe zu stellen und Leute zu „bequatschen“. Der Text sei schlecht, da er viele ihm unpassende Meinungen enthielte. Obwohl er die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ für schlecht hält, will er verhindern, dass der StuRa durch Ausbringen dieser Broschüre mit den zitierten Meinungen identifiziert wird. Er warnt vor dem allgemeinpolitischen Mandat. (*Klopfen.*) Der StuRa besäße ein Prospekt „Von der Brücke zum Wachturm“ und solle diese Broschüre nicht kaufen, sondern eine größere Broschüre über alle Sekten erarbeiten.

Steffen hat ein Blatt der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ durchgelesen. Er hält den Ansatz für falsch, da dieses Blatt sich gut lese. Eine bloße Kontrahaltung, die ihrerseits nicht schlüssig ist, erwecke vielleicht den falschen Eindruck von Gegenwerbung.

Martin will mit dieser Broschüre einen Rundumschlag gegen die Partei ausführen. Er macht klar, dass er gezielte Aktionen einer großen Broschüre vorzieht, dass er eine Informationsveranstaltung für sinnvoll erachtet, aber auf den Rundumschlag nicht verzichten will. Zudem schließe sich nicht alles aus. Er will sich David anschließen, da sonst Ressourcen gebunden würden, welche der StuRa selbst benötige. Insgesamt solle man sich Gedanken und einen Plan für Kapazitäten machen, auch andere Aktionen seien möglich.

Es folgt die Abstimmung über 200 Euro, der Antrag wird nach Steffens inhaltlicher Gegenrede, welche aus bekannten Gründen folgt, mit 12/7/5 abgelehnt.

Janine Kärger geht um 20.36 Uhr.

4. Anträge

Peter übernimmt Christians Antrag zur maximalen Amtszeit

„Der Studentenrat möge beschließen, die maximale Amtszeit als Geschäftsführer von Christian Soyk (FS Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften) gemäß § 18 Abs. 4 der Satzung zu verlängern.“

und verliert die Begründung Christians.

Er erklärt, dass dieser Antrag nur die Möglichkeit der

erneuten Kandidatur ermöglichen soll und nicht als Bewertung des bisherigen Arbeitens aufgefasst werden sollen. Im Folgenden werden die Gründe Christians dargelegt.

Erik ist für die erneute Kandidatur, da Christian kompetent sei.

Steffen mutet dieses Schreiben seltsam an. Er fragt, welches Fachsemester Christian ist.

Annerose erwidert, dass Christian noch mindestens ein Jahr benötigt um fertig zu werden, da sein Lateinstudium erst später aufgenommen wurde als sein Lehramtsstudium, welches beendet ist. Zudem hatte er viele Urlaubssemester. Die Aussage, dass es keine Bewerber geben wird, sind Erfahrungswerte, außerdem hätte sich kein Interessent bei ihm gemeldet.

Ulrich ergänzt, dass Christian im siebten Semester Latein sei und dass man seine Kandidatur ermöglichen sollte.

Andreas erklärt, dass dieser Brief keinen Widerspruch darstelle, denn er selbst wolle aufhören und hätte ebenfalls keine Nachfolger. Der Geschäftsführer Finanzen müsse in der Lage sein, den neuen Referenten Struktur einzuarbeiten.

Steffen stellt den GO-Antrag auf geheime Abstimmung.

(Diesem Antrag darf nicht widersprochen werden, er benötigt daher keine Abstimmung.)

Ulrich stellt den Antrag auf schriftliche Abstimmung, welcher ohne Gegenrede angenommen wird. **Andreas** erläutert, dass eine 2/3-Mehrheit für diesen Antrag vonnöten ist. *(Nur ab einer notwendigen Mehrheit von mehr als der Hälfte der Anwesenden darf schriftlich abgestimmt werden.)* Er beantragt, das Ende der schriftlichen Abstimmung auf 5. Januar um 19.00 Uhr zu legen. Dies bedinge eine Abweichung von der GO (Geschäftsordnung), da nächste Sitzung nicht mehr abgestimmt werden könne und die Erinnerung an die Abstimmung per Email erfolgen soll.

Ulrich erläutert den Anwesenden, dass Christian nicht kandidieren kann, wenn am 5. Januar ein anderer Kandidat da ist.

Christin fragt, warum die Abstimmung nicht bis 19.45 Uhr gehen kann.

Andreas begründet, dass um 19.30 Uhr das Ergebnis ausgezählt sein soll, deswegen müsse die Abstimmung eher beendet sein.

Michael ist gegen die Abweichung, denn wer einen Antrag stellt, muss GO kennen.

Annerose befindet diesen Antrag für sinnvoll, da eine Abweichung von der Satzung – die Geschäftsführer später zu wählen – unmöglich sei.

Kai will, dass Christian fairerweise antreten dürfen soll.

Steffen verliest den entsprechenden Paragraphen: Es ist möglich später zu wählen, wenn keine Kandidaten antreten. Deswegen sollte nicht abgewichen werden.

David fände es gut, wenn ein Freiwilliger gefunden wird. Man solle zudem schnell zur Lösung kommen.

Ulrich argumentiert, dass die GO eine Abweichung vorsieht. Letzte Sitzung wurde gesagt, dass unbedingt

am 5. Januar gewählt werden müsse.

Daniel B. stellt den GO-Antrag auf Ende der Debatte. **Steffen** bringt inhaltliche Gegenrede vor: Christian wusste um die Frist, dennoch stelle er den Antrag erst jetzt.

Der Antrag benötigt eine 2/3-Mehrheit. Andreas' Antrag (Termin des Endes der Abstimmung und Abweichung von der GO) wird nach formaler Gegenrede mit 19/3/2 angenommen.

Die schriftliche Abstimmung ist bis 5. Januar 2006 möglich. **Andreas** erläutert das Vorgehen bei geheimer und gleichzeitig schriftlicher Abstimmung. **Ein Abstimmungsausschuss wird von ihm vorgeschlagen und ohne Gegenrede beschlossen. Er umfasst Frau Lippmann und Frau Klaus, daneben die Nicht-StuRa-Mitglieder Erik Ritter und Arne Zorn zur Auszählung.**

Es wird eine Sitzungspause von siebeneinhalb Minuten für Informatik und Sitzungsleitung beantragt, in der bereits abgestimmt werden kann.

Joachim Püschel geht um 21.07 Uhr und gibt die Protokollführung an Peter Grünberg ab.

Stephan Mühl ist 21.20 Uhr gegangen.

Kai Rasper beantragt, dass der StuRa den Beschluss vom 24.11.05 – Kai aus dem Referat Technik zu werfen – aufhebt.

Begründung: Kai wusste nichts von dem Antrag und konnte sich deshalb nicht äußern, seine Abwesenheit bis Ende November war bekannt, eigentlich seien drei Leute im Referat (Rf) Technik und der Dritte war eigentlich auch nicht da.

Ulrich liest die Stellungnahme von Felix Mellmann vor.

Daniel Bambauer stellt den GO-Antrag auf Vertagung, denn der damalige Antragssteller sollte da sein um seine Intentionen darzulegen.

Annerose redet inhaltlich dagegen: Aus Fairnessgründen sollte der Antrag heute zurückgenommen werden.

Der Antrag wird mit 5/6/11 abgelehnt. Kai erklärt: „Ich sollte mich um die Windows-Rechner kümmern und mich in den Server einarbeiten, jetzt habe ich wieder Zeit und möchte mich gern einbringen.“

Martin echauffiert sich, dass es nicht sein kann, dass Personaldebatten geführt werden, ohne dass sich die Leute dazu äußern können. Es sei immer normal gewesen, dass mehrere Leute im Referat Technik arbeiten um sich gegenseitig zu kontrollieren.

Andreas meint: „Wenn niemand da ist um die Kontrollfunktion zu erfüllen, kann auch keine Kontrolle stattfinden. Kai war nicht nur im November nicht da, sondern auch vorher eine ganze Weile nicht. Wer nie da ist, mit dem kann man auch nie vorher über einen Antrag reden.“ Er sei dagegen den Beschluss aufzuheben, weil der damalige Beschluss seinen Sinn hat.

Gregor Fiedler möchte das Ganze abkürzen und dem Antrag zustimmen.

Steffen erläutert, dass gegenseitige Kontrolle Schwach-

sinn sei, weil die Leute, welche dort arbeiten, auch ihre Spuren verwischen können, wenn sie vorsätzlich Schaden anrichten wollten.

David stellt den GO-Antrag auf sofortige Abstimmung, welcher nach Andreas' formaler Gegenrede mit 16/0/6 angenommen wird.

Abstimmung des Antrags, Kais Ausschluss aufzuheben: Nach inhaltlicher Gegenrede von Andreas, weil sich Kai eine sehr lange Zeit nicht gemeldet habe und dies auch nicht besser geworden sei, wird der Antrag mit 10/4/7 abgelehnt.

Kai beantragt seine Entsendung in das Referat Technik.

Andreas stellt den Änderungsantrag, dass er auf drei Monate entsandt und danach über eine Verlängerung entschieden wird.

Kai hofft, dass sich Interessierte finden, die sich auch in das Rf Technik entsenden lassen.

Abstimmung des Änderungsantrags nach Gegenrede von Daniel B.: Ablehnung mit 3/16/2.

Kais Antrag auf Entsendung wird nach Gegenrede von Andreas mit 8/4/10 abgelehnt.

Uwe Büttner beantragt die Entsendung in das Referat Hochschulpolitik um an der Novelle des SächsHG zu arbeiten.

Peter begrüßt die Entsendung.

Keine Gegenrede: Damit ist Uwe in Rf HoPo entsandt.

Ulrich stellt folgenden Antrag: „Der StuRa erklärt sich mit der weißrussischen Studentin Taciana Khoma solidarisch und fordert die weißrussische Staatsuniversität auf die Exmatrikulation zurückzunehmen. Studentisches Engagement muss gefördert werden und darf nicht bestraft werden. Wir bitten den Rektor der TU Dresden, sich in der HRK und der Europäischen Rektorenkonferenz für die Rücknahme der Exmatrikulation stark zu machen.“

Es gibt keine Gegenrede, damit ist der Antrag angenommen.

Steffen beantragt, dass Dina Schulze in das Referat Hochschulpolitik entsandt wird.

Andreas fragt, ob sie das wirklich wolle. Ein Referatsmitglied zu sein, sei nicht der Grund um mitzuarbeiten, das ginge auch so.

Uwe erwidert, dass Dina einzuschätzen weiß, dass sie das will.

Steffen meint, dass es für die zukünftige Arbeit durchaus sinnvoll sei, dass sie in das Rf HoPo geht.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist Dina entsandt.

Ulrich möchte ein Meinungsbild zu seinem Vorschlag, dass eine Knackpunktredaktion eingerichtet wird. Ein Meinungsbild deshalb, weil man keinen Beschluss braucht, da es die Redaktion schon gibt, nur die Arbeitsweise müsse geklärt werden.

Annerose plädiert eher für einen Beschluss.

Martin möchte das nicht beschließen lassen, da man sich erst noch intern im Rf Ö ein genaueres Konzept überlegen müsse.

Uwe hat eine Verständnisfrage: Das bisherige Prozedere mit der bloßen Entsendung ins Rf Ö sei doch in Ordnung.

Ulrich erklärt, dass der Sinn darin liege, eine feste Knackpunktredaktion zu bilden.

Andreas konstatiert: Der GF Ö sollte die Knackpunktredaktion einsetzen, weil er die Aufsicht über sein Referat hat und er auch die Verantwortung trägt. Er plädiert für ein Meinungsbild und in einer der nächsten Sitzungen solle es zu einem vernünftigen Beschluss kommen.

Ulrich erläutert: Das Ziel ist, dass der StuRa zeigt, dass er das Konzept entweder gut oder schlecht findet.

Annerose stellt fest: Wenn es irgendwann auf dieser Grundlage zu einem Beschluss kommt, sollte das Ganze auch in der Geschäftsordnung bzw. Satzung festgehalten werden.

Steffen möchte ein Meinungsbild darüber, ob der StuRa überhaupt eine feste Knackpunktredaktion mit festen Mitarbeitern möchte oder alles so bleiben soll wie es ist. **Das Meinungsbild ergibt 9/5, dass der StuRa eher für eine feste Redaktion ist.**

Martin stellt den GO-Antrag auf Schluss der Debatte. Dieser wird nach Gegenrede von Christin mit 13/5/4 abgelehnt.

Annerose stellt den GO-Antrag auf Schluss der Rednerliste. Da es keine Gegenrede gibt, ist der Antrag angenommen.

Andreas macht den Vorschlag, dass die Leute, welche in die Knackpunktredaktion möchten, sich mit der Erarbeitung eines festen Konzepts dafür befassen.

Ulrich fühlt sich überfahren, er wollte nicht viel verändern – außer der festen Redaktion. Er versteht die Diskussion nicht.

Philipp fordert, dass sich die Redaktion darum kümmern soll, dass es einen festen Erscheinungstermin und ständig Artikel gibt, man solle also den Artikelschreibern auf die Füße treten. Er findet die Idee begrüßenswert.

Philipp hat eine Anmerkung: Niedersachsen hat beschlossen Studiengebühren einzuführen, deswegen sollten wir auch was dazu tun.

Peter erklärt, er kümmere sich darum.

Zsanett Kunfalvi, Anja Jagusch, Paul Mosler und Susann Mühlstadt gehen um 22.21 Uhr.

5. Änderung der Beitragsordnung (3. Lesung)

Ulrich weist darauf hin, dass noch eine Übergangsregelung dazugekommen ist, damit es alles rechtens sei.

Ulrich beantragt die Überweisung in die schriftliche

Abstimmung.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist dieser Antrag angenommen.

Ulrich beantragt die Frist bis zum 06. Januar 2006 um 13.00 Uhr festzusetzen.

Es gibt keine Gegenrede, damit ist auch dies angenommen.

6. Aufwandsentschädigungen (AE)

Andreas liest die AE-Begründungen von Ulrich, Matthias und Ulrike vor.

Die AE werden im Block abgestimmt. Da keine Gegenrede aufkommt, sind sie angenommen.

Remo Kamm geht um 22.47 Uhr.

7. Bericht aus dem Verwaltungsrat des Studentenwerks

Stanislaw Bondarew stellt sich selbst kurz vor, dann berichtet er aus dem Verwaltungsrat:

- Zur Verwaltungsratssitzung vom 08.12.05 waren auch Vertreter der Hochschulen da, die sonst nicht im Verwaltungsrat sitzen.
- Im Studierendenrat des DSW (Deutsche Studentenwerke) wurde über die Probleme gesprochen, welche mit Studiengebühren auf das StuWe (Studentenwerk) zukommen.
- Für die Hochschulstraße 50 sind die Sanierungskosten um 465.000 Euro gestiegen, dafür war auch ein Nachtrag im Wirtschaftsplan notwendig. Es soll daran liegen, dass sich im Baurecht etwas geändert hat (Brandschutz), auch der Estrich im Erdgeschoss war wohl kaputt als man mit der Sanierung bereits weiter vorangekommen war. Dazu kämen noch weitere „kleine“ Sachen.
- Für Hochschulstraße 48 wurde jetzt schon die Baugenehmigung beantragt, für Hochschulstraße 46 ist gerade die Phase des Beginns der Ausschreibung angebrochen.
- Seit Oktober 2005 werden nur noch Notreparaturen bzw. für die Vermietung notwendige Baumaßnahmen durchgeführt.
- Der Zuschussbedarf für die Mensen wird 2006 laut StuWe wahrscheinlich mit dem Zuschuss des SMWK gedeckt werden.

- Für die Hochschulstraßenprojekte sollen jeweils Kredite in einer Höhe von 1 Mio. Euro aufgenommen werden. Das SMWK steht dem ablehnend gegenüber, hier muss also abgewartet werden.
- Am 12.01.2006 soll eine Tagung der Gewerkschaft ver.di in der Mensa Klinikum stattfinden. Thema ist dort auch die Zukunft der StuWe.
- Die Expertenkommission der Landesregierung ist für ein Landesstudentenwerk.
- Die Planungen für die Sanierung der Fritz-Löffler-Str. 16 sind in vollem Gange.
- Im Studentenhaus Tusculum wurden neue Fenster eingesetzt und gestrichen.
- Das Amt für Ausbildungsförderung übergab 62 Betrugsfälle an die Staatsanwaltschaft.
- Es ist geklärt, welche Wohnheime für die Zweitwohnsitzsteuer erheblich sind und welche nicht.
- In den Wohnheimen Wundstr. 4 und 9 werden die Mieten wegen Instandsetzungsarbeiten um 4 bis 14 Euro erhöht, obwohl das frisch sanierte Wohnheimen sind. Der Anschein von Lächerlichkeit komme auf.
- Es sollte sich unbedingt wieder ein RF Studentenwerk finden!

Fabian Konrad geht um 23.15 Uhr.

8. Novelle des SächsHG

Kai stellt per Präsentation den derzeitigen Stand der Novellierung des SächsHG vor. Zu einer Beschlussfassung und Diskussion wird es später kommen.

9. Zweitwohnsitzsteuer

Der Tagesordnungspunkt wird ob der fortgeschrittenen Zeit vertagt.

10. Sonstiges

Philipp fragt, wie es mit einer StuRa-Fahrt aussieht. Außerdem sollen die Knackpunkte verteilt werden.

Sitzung wird um 23.50 Uhr geschlossen.

Anhang

AE-Liste

AE		Nov 05
Andreas Kranz	RF Struktur	130 €
Matthias Lutterbeck	Rf Soziales	90 €
Ulrich Rückmann	GF Lehre und Studium	200 €

	Rf	RF	Gf
Normalaufwand	50 €	90 €	150 €
Erhöhter Aufwand	90 €	150 €	250 €

Anwesenheitsliste

Fachschaft	Sitze	Art ¹	Amt	Name, Vorname	Status
Architektur/Landschaftsarchit.	1	A			nicht besetzt
Bauingenieurwesen	1	A		Konrad, Fabian	anwesend
Berufspädagogik	1	A		Jagusch, Anja	anwesend
Biologie	1	A	RF	Püschel, Joachim	anwesend
Chemie/Lebensmittelchemie	1	A		Jatzwauck, Marcel	unentschuldigt
Elektrotechnik	2	A B		Mellmann, Felix Mosler, Paul	entschuldigt anwesend
Forstwissenschaften	1	A/E		Tischer, Alexander; Watson, Alexander	anwesend
Geowissenschaften	1	A		Mühl, Stephan	anwesend
Grundschulpädagogik	1	A		Kunfalvi, Zsanett	anwesend
Informatik	2	A B		Bönisch, Philipp Raitza, Michael	anwesend anwesend
Jura	1	A		Wesemann, Anne	anwesend
Maschinenwesen	3	A B B		Hagenhenrich, Dirk Schäfer, Susann Kreuter, Jan	entschuldigt anwesend unentschuldigt
Mathematik	1	A C	RF GF	Kranz, Andreas Jahnke, Martin	anwesend anwesend
Medizin	2	A B			nicht besetzt nicht besetzt
Philosophie	3	A B B C	GF	Kamm, Remo Schmidt, David Seidel, Eric Rückmann, Ulrich	anwesend anwesend entschuldigt anwesend
Physik	1	A		Schulz, René	anwesend
Psychologie	1	A		Berger, Silvio	anwesend
Sozialpädagogik/EW	1	A		Linke, Christin	anwesend
SpraLiKuWi	3	A B B	GF RF	Soyk, Christian Gulbins, Annerose Nicolaus, Christfried	entschuldigt anwesend unentschuldigt
Verkehrswissenschaften	1	A		Lehmann, Steffen	anwesend
Wasserwesen	1	A	GF	Grünberg, Peter	anwesend
Wirtschaftswissenschaften	3	A B B		Kärgel, Janine Bambauer, Daniel Mühlstadt, Susann	anwesend anwesend anwesend
Summe	33	+2 · C			25/32
Referenten (Gäste qua Amt, wenn nicht StuRa-Mitglied)	RF Akademische SV RF Internet RF Sport RF Studentenwerk RF Semesterticket			Lutterbeck, Matthias Keller, Ingo Mochaourab, Rami Schuppan, Ralf Zorn, Arne	entschuldigt unentschuldigt unentschuldigt unentschuldigt anwesend
Gäste und sonstige Mitarbeiter des StuRa					
Erik Ritter (FSR Physik)		Kai Rasper (FSR Philosophie)			
Gregor Fiedler (Stud. Senator)		Uwe Büttner (AG Altlasten und Heißgetränke)			

¹ Art des Sitz laut § 7 Abs. 2 der Satzung (nähere Erläuterung siehe Fußnote in vorangegangenen Protokollen)